

DAS THEMA

„
Der Körper einer
Frau darf nicht
zur Dienstleistung
werden.

Meri Disoski,
Grüne Frauensprecherin

“

Breite Front gegen die Leihmutterschaft

Österreichs Regierung möchte die Leihmutterschaft international bekämpfen, die FPÖ will ein Verfassungsgesetz. CDU-Politiker Jens Spahn wird wegen seiner Doppelmoral gerügt.

Von Philipp Aichinger

Als schwuler Mann und Christ kann ich mich persönlich nur sehr schwer mit der Idee eines gemieteten Mutterbauchs anfreunden“, meinte im Jahr 2015 der deutsche Politiker Jens Spahn. „Mein Mann ist Papa geworden, und ich mit ihm“, sagte Spahn nun stolz der Zeitung „Bild“. Seine rechtliche Vaterschaft wurde per Leihmutterschaft in den

USA möglich. Nach Druck aus den eigenen Reihen trat Spahn als Fraktionschef der CDU/CSU zurück. In Österreich ist die Leihmutterschaft wie in Deutschland verboten. Aber wie sehen die heimischen Parteien das Thema und die Causa Spahn? „Ganz generell dürfen

reproduktionsmedizinische Angebote niemals dazu führen, dass Frauen unter direkten oder indirekten Druck geraten, ihre Familienplanung an wirtschaftliche oder berufliche Erwartungen anzupassen“, meint Justizministerin Anna Sporrer (SPÖ) auf Anfrage. Und die Bundesregierung habe „im Regierungsprogramm klar Stellung bezogen“, betont die Ministerin. Der türkis-rot-pinke Koalitions пакт verlangt nicht nur ein „explizites Verbot der Leihmutterschaft“, man wolle auch den „Einsatz für ein Verbot auf europäischer und internationaler Ebene vorantreiben“.

Man sei „für das Verbot von Leihmutterschaft, weil sie zu einer Ausbeutung von Frauenkörpern führen würde“, argumentiert die SPÖ-Parlamentsfraktion. „Wir bekennen uns zu einem expliziten Verbot der Leihmutterschaft“, sagt die ÖVP. Neos-Frauensprecherin Henrike Brandstötter sieht das Thema differenzierter. „Ich persönlich bin klar gegen eine Legalisierung – unter anderem deswegen, weil Leihmutterschaft oft mit Ausbeutung von Frauen aus ärmeren Weltregionen verbunden ist.“

Aber es handle sich um „eine komplexe ethische Frage, bei der ich unterschiedliche Meinungen respektieren kann“. Etwa wenn jemand sage, dass es die freie Entscheidung einer Frau ist, ob sie ihren Körper für Leihmutterschaft hergeben möchte und es nur klare Regeln brauche. „Was ich hingegen nicht respektieren kann, sind Politiker, die für die Bevölkerung im eigenen Land Gesetze machen, die sie dann selbst im Ausland umgehen, wie Jens Spahn das gemacht hat.“

„Nicht seine Vaterschaft ist das Problem, sondern seine Doppelmoral. Wer selbst eine Möglichkeit nutzt, die er anderen politisch verwehrt, muss sich Fragen zu seiner Glaubwürdigkeit

gefallen lassen“, meint die grüne Frauensprecherin Meri Disoski. Auch ihre Fraktion ist gegen die Leihmutterschaft. „Der Körper einer Frau darf nicht zur Dienstleistung werden.“

Die FPÖ möchte das Verbot der Leihmutterschaft in die Bundesverfassung schreiben, wie deren Frauensprecherin Rosa Ecker betont. „Kinder dürfen nicht zum Gegenstand von Verträgen oder finanziellen Interessen werden“, sagt sie. Und in vielen Fällen würde wirtschaftlicher Druck auf Frauen entstehen. „Ihren Körper gegen Bezahlung zur Verfügung zu stellen“, Spahns Rücktritt hält Ecker für richtig. „Wer politische Verantwortung trägt, muss glaubwürdig und verlässlich sein.“

Das rechtliche Schlupfloch, das Spahn nutzte, wurde auch schon von Österreichern gebraucht. Nach heimischem Recht ist zwar nur die Frau, die das Kind geboren hat, Mutter. Aber ausländische Urkunden, die anderes besagen, wurden wiederholt anerkannt. Und 2011 machte der Verfassungsgerichtshof (VfGH) klar, dass einem per Leihmutterschaft in den USA zur Welt gekommenen Baby die österreichische Staatsbürgerschaft zusteht. Der Embryo war aus der Eizelle einer Österreicherin, die keine Kinder gebären konnte, und dem Samen eines Italieners entstanden.

Demnächst hat der VfGH zu entscheiden, ob auch alleinstehenden Frauen eine künstliche Befruchtung erlaubt werden muss. Politisch sind die Grünen („Familien gibt es in vielen Formen“) und die Neos („die Beschränkung auf Paare ist absolut nicht zeitgemäß“) dafür, auch Justizministerin Anna Sporrer zeigt sich offen: „Prinzipiell sind Maßnahmen zu begrüßen, die die reproduktive Selbstbestimmung von Frauen stärken.“